

## Arbeitsdefinition des Antisemitismus

Zu: „Streit über Club Voltaire“, FR-Region vom 8. November

Der Boykott israelischer Produkte durch den BDS wird in Deutschland unvermeidlich mit den Bildern vom Boykott jüdischer Geschäfte durch die Nazis und ihrem eliminatorischen Antisemitismus assoziiert. Es ist nachvollziehbar, wenn Deutsche aus diesem Grund diese Form des Widerstands gegen die völkerrechtswidrige israelische Besatzungspolitik und die Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung nicht unterstützen. Wer diese assoziative Verknüpfung jedoch als „Argument“ ausgiebt, den BDS als antisemitisch zu identifizieren, missachtet die grundlegendsten Regeln argumentativer Logik in demagogischer Weise.

Wer die Berichte über die Lage in den von Israel besetzten Gebieten (die Berichte von medico international über Gaza, Hebron etc.) zur Kenntnis nimmt, kann den Apartheitsvorwurf gegenüber der israelischen Besatzungsmacht unmöglich einfach als „Diffamierung und Delegitimierung“ Israels abtun und daraus auf Antisemitismus schließen, wie dies Bürgermeister Becker tut.

Die Gleichsetzung der Unterdrückung der Palästinenser mit der Vernichtung der Juden durch die Nazis, die dem BDS auch in einigen Fällen vorgeworfen wird, ist objektiv völlig unangemessen. Aber es macht einen Unterschied, wer so spricht. Auf dem Hintergrund der deutschen Ge-

schichte liegt der Verdacht nahe, dass dabei Antisemitismus im Spiel ist. Auf Basis der palästinensischen Erfahrung dürfte es eher Ausdruck verständlicher Wut und ohnmächtiger Verzweiflung sein.

Man muss die palästinensische Realität schon völlig ignorieren, um, wie unsere Bundestagsabgeordneten von CDU/CSU, SPD, AfD und Grünen, unser Magistrat und die Mehrheit unserer Stadtverordneten, dem BDS, gegründet von 170 zivilgesellschaftlichen palästinensischen Gruppen, „eindeutig“ Antisemitismus zu attestieren und allen, die mit dem BDS zusammenarbeiten oder diskutieren, Sanktionen anzudrohen.

Das Gutachten des Antisemitismusforschers Peter Ullrich zur „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ ([www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)), auf die sich alle diese israelbezogenen Antisemitismusvorwürfe stützen, offenbart deren krasse Mängel: Widersprüchlichkeit, Inkonsistenz und Vagheit machen diese Definition zum „Einfallstor für die politische Instrumentalisierung“ des Antisemitismusvorwurfs, den wir hier erleben.

Weder die Kritik des UN-Sonderberichterstatters für Menschenrechte an der „unzulässigen Einschränkung der Meinungsfreiheit“ durch den BDS-Beschluss des Bundestages noch die Gerichtsentscheidungen gegen diese grundgesetzwidrige Praxis bringen unsere politi-

schen Repräsentanten bislang zur Vernunft. CDU/CSU und AfD dürfte es ins Konzept passen, mit Antisemitismusvorwürfen Kritik an der rechtsnationalistischen israelischen Politik mundtot zu machen und gleichzeitig vom eigenen Antisemitismus in Geschichte und Gegenwart abzulenken und ihn damit zu relativieren. Warum aber tragen SPD, Grüne und manche Linke zur Missachtung des gewaltlosen palästinensischen Widerstands, der Meinungsfreiheit sowie zur Entwertung eines dringend erforderlichen trennscharfen Antisemitismusbegriffs bei? Eine Neigung zur Umkehrung des Antisemitismus als einer Form der Schuldabwehr könnte eine Rolle spielen.

Erst wenn wir bereit sind, die völlig unterschiedlichen Geschichten und Realitäten von Palästinensern und Israelis ernst zu nehmen, gleichermaßen anzuerkennen und unbeirrt daran festhalten, dass Menschen- und Selbstbestimmungsrechte immer, überall und für alle gelten, können wir auch der besonderen deutschen geschichtlichen Verantwortung gegenüber Israel und den Palästinensern gerecht werden und zu einer friedlicheren Zukunft beitragen.

Hierzu wird der Club Voltaire als wichtiger Ort demokratischer Öffentlichkeit in Frankfurt weiterhin beitragen. Herrn Becker darf es nicht gelingen, dies zu zerstören. Karl Höhn, Frankfurt

## Nutzungspläne für Mainkai

Zu: „Kritik an Sperrung des Mainufers“, FR-Stadtteile vom 28. Oktober

### Halten wir uns an Fakten und Zahlen

(Zu) viel Verkehr gibt es hier schon lange, und dies auf die Mainkai-Schließung zurückzuführen, halte ich ohne belastbares Zahlenmaterial für nicht gerechtfertigt. Von daher erachte ich es für mehr als bedenklich, was Herr Schmoll (Initiator der BI) nach einem Gespräch mit der CDU-Spitze in seiner letzten Rundmail kundgetan hat: Das allerwichtigste Ergebnis, das man auch als kleine Sensation und auf jeden Fall als einen ersten großen Erfolg unserer Initiative sehen kann: Die CDU wird die Mainkai-Sperrung nächstes Jahr nach Ende des Versuchs ganz sicher beenden. Das Chaos wird also spätestens im August nächsten Jahres ein Ende haben.

Wir waren uns einig, dass jede Einschätzung, ob dieser Versuch ein Erfolg ist oder nicht, ohnehin sehr subjektiv sein wird. Insofern kann man sicher mit einem Gutachten aus dem Verkehrsdezernat rechnen, das aussagt, dass wir uns an das Chaos gewöhnt haben und dass der Versuch damit ein Erfolg ist.

Meinem Demokratieverständnis entspricht dies nicht. Wir sollten uns doch besser an Fakten halten und das Ergebnis der Sperrung mit entsprechendem Zahlenmaterial abwarten und dann eine Entscheidung treffen, unabhängig von einer lautstarken BI mit ca. 700 Mitgliedern

(nur zum Vergleich: Den Radentscheid haben ca. 40.000 Menschen unterschrieben).

Was wir brauchen, ist eine echte Verkehrswende, um des überbordenden Autoverkehrs Herr zu werden, dazu gehört auch die Sperrung (oder zumindest Einschränkung) von Straßen. Gerhard Weigand, Frankfurt

### Vorschlag zum Vorteil aller

Ich bin Radfahlerin und somit eine Nutznießerin des gesperrten Stückes Mainufer: entspannteres Fahren im Vergleich zu vorher.

Aber: Dieses Stück Mainufer ist trotzdem kaum lebenswerter. Die Betonklötze wirken abweisend. Fußgänger gehen weiter direkt am Main. Welche Außengastronomie soll sich dort ansiedeln, von wo sollen Kellner Essen und Getränke zur Straße bringen? Die Sperrung in der jetzigen Form ist völlig nutzlos, die Straße ist tot. Der Protest der Sachsenhäuser Seite ist nachvollziehbar, wenn auch in der Art und Weise, wie er vorgebracht wird, unangemessen.

Mein Vorschlag zum Vorteil aller Verkehrsteilnehmer: Straße wieder für Autos freigeben, in beide Richtungen eine Fahrspur, die dritte Spur umwandeln in Radwege auf beiden Seiten, gegebenenfalls noch Tempo 30. Das wäre doch ein Ansatz, über den Politik und Planer mal nachdenken könnten.

Katharina Wacker, Frankfurt

# HP\_0LES02FRDA - B\_180334

